

Kein Herz für Scheiche - Kein Herz für Faschismus!

Informationen über den "Bund gegen Anpassung"

Im Rahmen der Golfkrise bzw. des Golfkrieges tauchten in Heidelberg einige Flugblätter des "Bundes gegen Anpassung" (BgA) auf. Außerdem wurde vom BgA am 21.1.91 eine Podiumsdiskussion mit dem Thema "Kein Herz für Scheiche - kein Blut für Öl!" durchgeführt.

Der ursprüngliche Name dieser Organisation lautet "Marxistisch-Reichistische Initiative" (MRI) mit Sitz in Freiburg. Die MRI wurde Anfang der 70er Jahre von dem Psychoanalytiker Fritz Erik Hoevens ins Leben gerufen. Bis 1978 bestand diese Uni-Gruppe lediglich als Theoriezirkel. Seit 1978 versuchte die MRI, linke Bündnisse in Freiburg zu unterwandern, und vollzog damit bis 1980 den Bruch mit allen linken Gruppen.

In den folgenden Jahren versuchte die MRI, in mehreren Städten der BRD unter anderem Namen linke Gruppen zu unterwandern (die Kieler Grünen 1981/82) bzw. durch antiklerikale Politik Einfluß auf linke Gruppen zu nehmen (als "Internationale Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude" (IGEL) 1983/84 und als "Initiative Neue Linke" (INL) 1985 in Göttingen).

1985 wurde auf Anregung von F.E. Hoevens der "Verein zur AIDS-Verhütung e.V." gegründet. Gründungsmitglieder waren u.a. Dr. Niels Auhagen (Freiburg) und Dr. Axel Rethwilm (Heidelberg). Bekannt wurde der "Verein zur AIDS-Verhütung e.V." im Juni 1986, als Rita Süßmuth in der Frankfurter Rundschau und im Göttinger Sonntagsblatt vor ihm warnte. Die Warnungen bezogen sich auf folgende Forderungen zur "Ausrottung von AIDS-Viren":

- Zwangstest aller BundesbürgerInnen und AusländerInnen im Bundesgebiet
 - Zwangstätowierung aller HIV-Infizierten
 - Einreiseverbot für HIV-infizierte AusländerInnen
 - Einführung eines AIDS-Passes, der quasi als Reisepaß gilt
- Diese Forderungen wurden von der Nürnberger AIDS-Hilfe als "faschistisch" bezeichnet. Die darauf von Dr. Auhagen angestrebte Unterlassungsklage wurde sowohl vom Landgericht Nürnberg (AZ 505 441/86) als auch in der Berufungsinstanz vom Oberlandesgericht (AZ 6 W 2549/86) abgelehnt.

Interview mit Prof. Ulmer (Forts.)

UNIMUT: Gilt dies auch für Wirtschaftsboykott aus moralischen Gründen?

Prof. Ulmer: Nein. Einen Wirtschaftsboykott spürt die Firma, während sie nicht spürt, wer die Aktien kauft. Ob die Uni überhaupt Thyssen-Produkte kauft, weiß ich nicht, aber wenn Thyssen-Schreibtische oder -Schränke besonders günstig sind, und wir diese nicht kaufen, dann bekommen wir Ärger mit dem Rechnungshof. Sie können sich Ihre Illusionen ja gerne erhalten, aber derjenige, der dafür verantwortlich ist, daß sinnvoll gewirtschaftet wird, muß für seine Entscheidung andere Prioritäten setzen.

UNIMUT: Was ist Ihnen über die Aktivitäten der bestehenden Umweltkommission des Senats bekannt?

Seit 1988/89 taucht als weitere Unterorganisation der MRI der "Bund gegen Anpassung" in mehreren Universitätsstädten, z.B. in Karlsruhe, Mainz und auch in Heidelberg, auf.

Die ideologische Grundlage der MRI findet sich in den Thesen zur Psychoanalyse, die F.E. Hoevens in seinem Buch "Marxismus, Psychoanalyse, Politik" (1983, Ahriaman-Verlag) veröffentlicht hat.

Feindbilder sind neben HIV-Positiven und der katholischen Kirche auch die Frauenbewegung und Homosexuelle. Jede Feministin ist für Hoevens ihrer Psychostruktur nach eine Faschistin, die allerdings "keine Faschistin werden (konnte)...(....)weil es ihr das Milieu nicht erlaubte" (Hoevens S.298). Zum Thema Homosexuelle nur folgendes Zitat:

"Die anale Schädigung (des Kindes) führt zur Analerotik und zu Homosexualität, die ganze Sexualität wird anal, sie wird als schmutzig, niedrig, dreckig, schleimig, unsauber und eklig empfunden. Die Schädigung macht den Menschen zu einem asozialen Wesen..." (IGEL-Papier)

Im Frühjahr 1989 kommt es zu einer Anbiederung an die "Republikaner". So tauchten in verschiedenen Uni-Städten zwei Flugblätter vom BgA und vom identischen "Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten" auf, die u.a. folgende Zitate enthalten:

"...Europa den Europäern, Vietnam den Vietnamesen, Deutschland somit ...-den Deutschen..."

"Lieber eine unabhängige Rechte als eine prostituierte Linke" (Beide Zitate aus: "Der Erfolg der 'Republikaner' ist die Quittung für die Verlogenheit der 'Linken'" S.2/S.4)

Die MRI mit ihren Unterorganisationen läßt sich als streng nach außen abgeschirmte Kadertruppe charakterisieren, die sendungsbewußt und missionierend auftritt. Außerdem scheint sie an Verfolgungswahn zu leiden. So führt sie in Freiburg eine Punkerdatei. Außerdem werden bei Veranstaltungen der MRI sämtliche KritikerInnen gefilmt, denen daraufhin bei weiteren Veranstaltungen der Eintritt verwehrt wird. Des weiteren

Prof. Ulmer: Ich habe mich hiermit noch nicht befaßt.

UNIMUT: Was halten Sie von dem Vorschlag des Ökologiereferats der FSK, einen hauptamtlichen Umweltschutzbeauftragten an der Uni einzustellen?

Prof. Ulmer: Wenn ein Bedürfnis dafür bestehen sollte, müßte man sehen, wie man eine solche Stelle organisieren kann. Ob das Bedürfnis besteht, kann ich aus meiner Sicht nicht beurteilen. Ich vermute, daß die Umweltprobleme auf bestimmte Fakultäten konzentriert sind, und es ist die Frage, ob die Fakultäten die Probleme mit eigenen Mitteln lösen können, oder ob da ein Uni-Gremium tätig werden muß.

Fortsetzung im nächsten UNIMUT!!

werden ständig GegnerInnen von Mitgliedern des BgA bei der Polizei wegen Körperverletzung angezeigt. Die Zeugenaussagen hierzu stammen ausschließlich aus den eigenen Reihen.

Die Finanzierung der MRI geschieht hauptsächlich dadurch, daß, nach Aussage ehemaliger Mitglieder, sämtlicher Privatbesitz der MRI überschrieben wird. Die Bezeichnung der MRI und ihrer Tarnorganisationen als politisierende Psychosekte scheint angebracht.

Außerdem kam es in den letzten Jahren des öfteren zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit den GegnerInnen, so z.B. bei der Friedens-Demo in Mannheim am 10.1.91. Dort versprühten AnhängerInnen des BgA Tränengas gegen TeilnehmerInnen der Demonstration, nachdem es wegen des Verteilens ihrer Flugblätter zu Auseinandersetzungen gekommen war. Außerdem besetzten sie bei der Abschlußkundgebung das Mikrofon.

Quellen:

- "Sektenquatsch und Eiermatsch", Dokumentation über MRI..., Antifa SB im AstA der Uni Göttingen
- UNIPRESS Sondernummer (Mainzer Studierendenzzeitung) vom 5.6.89
- diverse Flugblätter des BgA

Zur Wahrung der eigenen Sicherheit verzichtet der Autor auf die Nennung seines Namens.

Termine

Vorträge

Donnerstag, 7.2.91, 20 Uhr, NUni, HS 13: Vortrag des konfliktforschers Peter Billing über den Golfkrieg

Dienstag, 12.2.91, 18 Uhr s.t., NUni HS 4a: Nordafrika und der Golfkrieg: Vortrag von und Diskussion mit Prof. Rother; Thema: "Arabische Welt aus der Sicht der maghrebinischen Literatur"

Heidelberger Anti-Kriegs-Tag

Für **Samstag, den 9.2.**, sind in der gesamten Stadt Aktionen gegen den Golfkrieg geplant. Wir wissen von folgenden Veranstaltungen:

- Spektakuläres Die-in (mit Rauchbomben und Gasmasken) am Bismarckplatz (12 Uhr)
 - "Massenerschießung" am Bunsenplatz (12.30 Uhr)
 - Infos zu Rüstungsexporten von 10-14 Uhr am Bunsenplatz in der Hauptstraße
- Das ist natürlich nur ein kleiner Teil der Aktionen! Kommt zuhauf und beteiligt Euch!

Ak Rüstungsforschung/-firmen

Nächstes Treffen: **Montag, 11.2.**, 20 Uhr im Kasträ (Lauerstr.1). Dort wird das weitere Vorgehen in den Semesterferien (z.B. Fahrt zum Rüstungsarchiv in Idstein (Taunus)) besprochen werden. **Freitag, 8.2.:** Info-Tafeln und Büchertisch bei der Friedensnacht der Walldorfschule Mannheim (Neckarau)

UNIMUT Kontakt: Tel.: 542456/7 Fax: 0621/103789

V.i.S.d.P.: FSK * Lauerstraße 1 * Tel.: 542456/7

Tee und faule Eier · 5 ·

Die Mahnwache am Headquarter

ASCHERMITTWOCH
KRIEGSMITTWOCH
TOTENMITTWOCH

Seit dem 15.1.91 fanden sich völlig unabhängig voneinander Leute am Nato-Hauptquartier in der Römerstr. zusammen, um durch eine ständige Mahnwache für den Frieden zu demonstrieren. Obwohl die Mahnwache keine Aktion einer größeren Organisation ist, sondern die meisten der dort wachenden Leute aus ihrer eigenen individuellen Einstellung heraus diese Aktionsform gewählt hatten, gelangte man zu dem Konsens, daß Gewalt und Krieg in unserer so hochtechnisierten und "aufgeklärten" Gesellschaft kein Mittel zur Lösung politischer Konflikte mehr sein darf. Deshalb schien uns auch die Mahnwache als völlig gewaltfreie Aktionsform angebracht.

Mit diesem Artikel möchten wir vor allem einige öfter auftauchenden Fragen beantworten und diverse Gerüchte richtigstellen.

Die häufigste Frage ist, weshalb wir ausgerechnet vor dem Nato-Hauptquartier stehen. Die Mahnwache begann bereits vor Kriegsausbruch; damals war sie ein Plädoyer für weitere Verhandlungen und die Verlängerung des Ultimatums. Auch nach Ausbruch des Krieges blieb die Mahnwache an ihrem Ort, da sich unsere Forderungen nicht verändert haben. Das Nato-Hauptquartier ist kein Stützpunkt der Amerikaner. Nur an diesem Ort kann eine direkte Auseinandersetzung mit den Militärs, sowohl den bundesdeutschen wie auch den amerikanischen, stattfinden, was in zahlreichen Gesprächen immer wieder geschieht. Es ist erschütternd, wenn man direkt mit der Angst der allermeisten Soldaten vor ihrer bevorstehenden Verlegung in den Golf konfrontiert wird.

In der Auseinandersetzung mit den verschiedensten Haltungen zum Golfkrieg sehen wir auch den Hauptsinn der Mahnwache. Dazu kommt, daß die Leute, die bei uns vorbeikommen, zwangsläufig mit der tatsächlichen Existenz dieses Krieges konfrontiert werden und so auch Reaktionen zeigen müssen.

Viel Solidarität kommt vor allem von Leuten, die uns regelmäßig mit Tee, Kaffee und Proviant versorgen oder selbst Transparente mit eigenen Texten am Zaun aufhängen. Einige Taxifahrer bringen frühmorgens die neuesten Zeitungen vorbei. Die evangelische Kirchengemeinde in der Nähe stellte sogar warme Räume zum Verweilen zur Verfügung.

Protest vor dem Haus des "Kanzlers aller Deutschen"

Schon lange vor Beginn des Krieges im Nahen Osten hatten einige Leute rund um die Uhr vor dem Wohnhaus von Bundeskanzler Helmut Kohl in LU-Oggersheim (Weimarerstr.) gegen die politische Ignoranz weltweiter Mißstände protestiert und die Aufmerksamkeit der Medien auf sich gezogen. Der Protest wurde im Winter ausgesetzt, soll aber ab Anfang März auf unbegrenzte Zeit fortgesetzt werden. Wir veröffentlichen in diesem Zusammenhang folgenden kurzen Aufruf:

*Ozonloch
Regenwaldabholzung
Treibhauseffekt
Bevölkerungsexplosion
Rohstoffverschwendung
Waffenexporte
Krieg

Von Jahr zu Jahr wird die Bilanz der Probleme bedrohlicher, doch weiterhin geht es nur um Wirtschaftswachstum und unseren Wohlstand. Wir bleiben sitzen, bis von der Regierung ein Konzept erstellt worden ist, wie die Probleme angegangen werden können. Kommt, wenn auch nur zeitweise."

Kontakt: 0621/680212

Peter Horn

Vor allem vom Berufsverkehr her kommen sehr viele negative Reaktionen: Vogelzeigen, "Penner"-Rufe, Naßspritzen mit Matsch oder Beschmeißen mit Eiern, Naziparolen und Drohungen sind nicht selten. Dennoch halten wir es für sinnvoll, die Proteste weiterzuführen, um zu demonstrieren, daß wir nicht akzeptieren wollen, was die "hohe Politik" über unsere Köpfe hinweg entschieden hat. Den Vorwurf des "Idealismus" nehmen wir dafür gerne auf uns.

Darüberhinaus wollen wir uns durch eine Reise zum Papst noch intensiver für den Frieden einsetzen. Wir meinen, der Papst als Haupt der katholischen Kirche und als "Stellvertreter Gottes auf Erden" hätte weitaus größere Möglichkeiten, sich für den Frieden einzusetzen, als er bisher ausgeschöpft hat. Wir sehen uns gezwungen, den Papst aufzufordern, nach Bagdad zu fliegen, um den Kampfhandlungen Einhalt zu gebieten und eine UNO-Vollversammlung einzuberufen.

Alle sind herzlich aufgerufen, mit uns am 14.2. per Zug nach Rom zu fahren und auf dem Petersplatz zu fasten, bis der Papst fliegt! Wir stehen im Kontakt mit nationalen und internationalen Friedensgruppen, die sich an dieser Aktion beteiligen (z.B. unterstützt uns der Dalai Lama).

Kontakt: Mahnwache Römerstr.
Friedenskomitee 27076

Spendenkonto: Anja Brandt 64 118 307
BLZ 672 90 100

Sonja und Imke für die Mahnwache

Demo-Aufruf

Überregionale Demonstration
am 9.2.91
zum US-Hauptquartier in HD

Stoppt den Massenmord an den Völkern im Irak

Das, was uns die Medien vorsezen, ist nicht etwa nur "zensierte Berichterstattung". Wenn wir Tag für Tag von Presse, Funk und Fernsehen mit Berichten über die Bedrohung und die Schäden Israels überschüttet werden, während die verheerenden Zerstörungen im Irak höchstens am Rande erwähnt werden, so ist das kaum verhüllte Kriegspropaganda und ein eindeutiger Versuch der Gehirnwäsche.

Das von den USA und ihren Verbündeten entfachte Bombeninferno über Bagdad, Basra und den anderen irakischen Städten macht das Leben dort zur Hölle. Nach sechs Tagen und 12.000 Bombenangriffen kamen die ersten vagen Angaben über die tatsächlichen Verwüstungen und über die mögliche Zahl der Opfer in den Medien: In sechs Tagen über hunderttausend Tote; Wohnviertel in Bagdad und Basra brennende Trümmerhaufen, die Bevölkerung in Kellern oder auf der Flucht; das Wasser wird knapp, weil US-Bomber Wasserwerke zerstören. Wie groß werden die Zerstörungen nach mehreren Wochen Krieg sein - wieviele Opfer soll die "Pax Americana" kosten?

Die Demonstration beginnt um 11 Uhr auf dem Universitätsplatz mit einer Kundgebung.

Aufruf zum Aschermittwochs- Trauerzug

Wir trauern um die Toten des Krieges am Golf und fordern einen **sofortigen Waffenstillstand**, der allein weitere Opfer verhindern und die medizinische Versorgung aller Opfer wie auch die Bekämpfung der entstandenen ökologischen Schäden ermöglichen kann. Deshalb rufen wir auf zu einem Trauerzug am Aschermittwoch, an dem der Kriegsbeginn bereits vier Wochen zurückliegt. Wir wollen dafür ein Erscheinungsbild und Symbole wählen, die für den gesamten Zug weitgehend einheitlich sein sollen:

- schwarze Trauerkleider, fahle (aber nicht provozierend geschminkte) Gesichter
- langsam geschlagene Trommeln
- Friedhofslichter, evtl. Sargnachbildungen, auch Kindersärge, alles möglicherweise auch auf Handwagen und Schubkarren
- bei Anbruch der Dunkelheit auch andere Beleuchtungen, die den Eindruck des Unwirklichen und der Trauer weiter unterstreichen (z.B. Anleuchten der Gesichter durch Taschenlampen), vielleicht auch Fackeln, die drohen, Weltkugeln (z.B. Globen) in Brand zu setzen
- Plakate und Flugblätter mit einheitlichem Text, der von der Vorbereitungsgruppe erarbeitet wird
- weitere Symbole wie schwarze Rosen, große schwarze Tücher etc.

Der Zug soll sich zusammenfinden aus einzelnen Gruppen, die aus den verschiedenen Stadtteilen kommen und dort schon einige Zeit in den Straßen umhergegangen sind. Diese Gruppen können sich zusammenfinden aus Freundeskreisen, kleineren Initiativen u.ä. und sollen ihr Vorgehen und ihre Ausstattung (im Rahmen des für den gesamten Zug Vorgegebenen) in Eigeninitiative wählen, auch den Beginn und Weg ihres Marsches. In den einzelnen Stadtteilen treffen sich die Gruppen dann um 16 Uhr, um zum Bismarckplatz zu gehen, die Treffpunkte sind unten angegeben. Vom Bismarckplatz starten alle gemeinsam um 17 Uhr zur Heiliggeistkirche, um dort zur Mahnwache zu stoßen und sie zu verstärken. Mit dem letzten Schlag der Sechs-Uhr-Glocke werden alle gemeinsam "Stoppt den Krieg" rufen und damit die Aktion beenden. Wie der Rückweg gestaltet wird, bleibt wiederum den einzelnen kleinen Gruppen überlassen. Die Koordination in den Stadtteilen wird übernommen von:

Stadtteil	Telefon	Treffpunkt 16 Uhr
Altstadt	26423	Neckarmünzplatz
Neuenheim	471838	Marktplatz
Handschuhsheim	161978	Tiefburg
Weststadt	26432	Wilhelmsplatz
Kirchheim	781981	Marktplatz
Neckargemünd	06223/3982	Hanfmarkt

Zur weiteren Vorbereitung der Aktion treffen wir uns wieder in der Sitzung des Friedenskomitees

am Dienstag, dem 12.2.91 um 20 Uhr
in der griechischen Taverne in der Bergbahn

Wir hoffen, daß sich bis dahin möglichst viele Gruppen zusammengefunden haben und jeweils mindestens einen Vertreter entsenden.

Und noch eins: den Aschermittwochs zug planen wir zunächst **anstelle** einer weiteren Großdemonstration, insbesondere als letzte große Aktion in diesem Semester. Es wäre daher (und sowieso) sehr wichtig, wenn möglichst viele Leute mitmachen!

Kurz gemeldet

Der vor anderthalb Wochen in Heidelberg von einem Tag auf den anderen verhaftete Totalverweigerer Peter ist wieder frei! Am Montag setzte der zuständige Richter den Haftbefehl aus - noch vor dem Haftprüfungstermin. Dies kommt dem Eingeständnis gleich, daß die Halsüberkopf-Verhaftung völlig ungerechtfertigt war.

UNIMUT

ZEITUNG AN DER

UNI HEIDELBERG

Nr. 36

Auflage 2500

72.91

"Dieses Problem sehe ich nicht..."

Gespräch mit dem künftigen Rektor der Uni Heidelberg

Heute Nachmittag um 14 Uhr findet die Wahl des neuen Rektors statt, der Herrn Sellin im Oktober für die nächsten vier Jahre ablösen wird. Der von der Nominierungskommission als einziger Kandidat vorgeschlagene Prof. Ulmer (Juristische Fakultät) wurde in der vergangenen Woche vom kleinen Senat gewählt, jetzt wird der Große Senat über ihn entscheiden. Die Sitzung wird öffentlich sein, der Große Senat ist das einzige öffentlich tagende Uni-Gremium! Daher ist es für uns auch eine der nur wenigen Möglichkeiten, unseren Unmut vor der Presse zu äußern. Wer kommt, wird bei lebendigem Leibe erfahren, wie die Studierenden in einer solchen Sitzung oft "abgefertigt" werden (hier stehen der Mehrheit von 43 ProfessorInnen nur 3 mal 7 Sonstige gegenüber). So wurde zum Beispiel ein Antrag zur Änderung der Tagesordnung gleich am Anfang der letzten Senatssitzung abgelehnt (gefragt wurde nach einem Sondertop zur Frauenförderung). Bezeichnend für die Mitwirkungsmöglichkeiten, die den Studis zugestanden werden, ist die Art und Weise, wie es zum Vorschlag der Rektorkommission gekommen ist: Angeblich fand sich nur ein Professor, der diesen Job annehmen will, zufälligerweise waren es die letzten Male auch jeweils nur einer (ich benutze jetzt mal die männliche Form, obwohl es schon einmal in den letzten 605 Jahren eine Rektorin gegeben hat...) Und der Vorschlag lag der Nominierungskommission dann auch schon zu Beginn der Sitzung vor, der Posten war also bereits unter den ProfessorInnen ausgeklügel...

Wir Studis wurden damit nicht in den Willensbildungsprozess miteinbezogen, dessen Existenz nur allzuoft beschworen wird. Natürlich dürfen die Studierenden auch einen Vorschlag einbringen - aber welche ProfessorIn läßt sich schon gegen einen Kandidaten aufstellen, der von der ProfessorInnenmehrheit ausgesucht wird; hier spielen offensichtlich Imageverlust und sonstige Nachteile eine Rolle.

Die Studis der FSK-Liste werden sich in der Senatssitzung zum Ablauf der Rektorstahl und zur Meinung des Rektors äußern. Letztere könnt Ihr aus dem Interview, das wir gestern mit ihm führen durften, herauslesen, diese oder jene Wut entfalten, um dann Euren Arsch zu erheben und auf der Sitzung den Studis heimlich Spickzettel zuzuschleichen oder ihnen wenigstens zuzapplaudieren.

Irene Pundt

Am heutigen Donnerstag wird in der öffentlichen Sitzung des Großen Senats um 14 Uhr in der Klausenpfad-Aula ein neuer Rektor für die Uni HD gewählt: Professor Ulmer, ein Jurist. Zwar wird er erst ab Oktober amtieren, zum Kennenlernen führte UNIMUT mit ihm aber schon einmal ein Gespräch, von dem der zweite Teil im nächsten UNIMUT zu lesen sein wird. Wer Zeit hat, sollte zur Senatssitzung kommen: Lautstarke Meinungsäußerungen sind gefragt!

UNIMUT: Warum möchten Sie Rektor werden?

Prof. Ulmer: In der Frage liegt eine Unterstellung, die so nicht zutrifft. Man hat eine Zeitlang nach einem Rektor gesucht - zu relativ später Stunde hat man mich gefragt. Für mich war die Überlegung maßgebend, daß, wenn man an einer Uni lange Jahre tätig gewesen ist und die Vorzüge der Universität genossen hat, man auch dafür einmal hinstehen muß. Das war der Grund für meine Zusage.

UNIMUT: Welches sind ihre grundsätzlichen Vorstellungen von dieser Tätigkeit?

Prof. Ulmer: Meine Vorstellungen gehen dahin, daß es zeitaufwendig und manchmal mühsam sein wird, aber daß man auch interessante neue Erfahrungen machen wird, daß man Persönlichkeiten kennenlernen wird, mit denen man sonst nichts zu tun hätte, und daß man auch manches Neubeginnen kann, was aus dem bisherigen Tätigkeitsfeld herausfällt.

UNIMUT: Worin sehen Sie Ihren Aufgabenbereich und wo setzen Sie Schwerpunkte?

Prof. Ulmer: Die Aufgaben des Rektors ergeben sich der Sache nach aus dem Universitätsgesetz; das bedeutet einerseits die Leitung der Universität nach innen, zum anderen aber auch die Repräsentation der Universität nach außen, gegenüber der Stadt, anderen akademischen Einrichtungen, Ministerien usw.. Ich rechne mit einer vielseitigen Tätigkeit, die sicher viele Fragen auf mich zukommen lassen wird, mit denen ich mich bisher noch nicht beschäftigt habe.

UNIMUT: Zum Thema militärische Forschung an der Uni: Im September 90 und Januar 91 haben die Grünen im Stuttgarter Landtag Anfragen an die Landesregierung gestellt, ob und in welchem Umfang an der Uni Heidelberg militärisch relevante Forschungsvorhaben laufen. Was ist Ihnen davon bekannt?

Prof. Ulmer: Ich habe von den Vorhaben erst aus der Zeitung erfahren und habe in der Zeitung auch die Stellungnahme der Universitätssleitung dazu gelesen. Zu dem ganzen Thema darf ich drei Punkte festhalten:

1. Darüber, was man als Rüstungsforschung bezeichnen kann, kann man treff-

lich streiten. Wenn ich es recht sehe, wurden dazu auch Fragen des Zivilschutzes gezählt - insoweit kann ich einen Zusammenhang mit Rüstungsforschung nicht sehen. Wenn man Rüstungsforschung so weit faßt, dann wäre beispielsweise auch die Tätigkeit des Instituts für Finanz- und Steuerrecht deshalb zur Rüstungsforschung zu rechnen, weil die Mittel aus den Steuern zum Teil auch für den Verteidigungshaushalt eingesetzt werden.

2. Auch soweit es um Rüstungsforschung geht, fällt die Forschung grundsätzlich unter die Freiheit, die vom Grundgesetz garantiert ist, so daß - vorbehaltlich erheblicher Störungen der Sicherheit und Ordnung an der Uni durch die Durchführung von Rüstungsforschungsprojekten - es jedem Forscher grundsätzlich freisteht, sich damit zu befassen, wenn er es mit seinem Gewissen vereinbaren kann.

3. Ich halte die Universität insgesamt freilich für wenig geeignet, Rüstungsforschung im engeren Sinne zu betreiben, aus einer Vielzahl von Gründen. Daß solche Forschung bei einer Reihe von Mitgliedern der Uni auf Probleme stoßen könnte, ist leicht verständlich. Auch kann die Geheimhaltung kaum so gewährleistet sein, wie das bei Rüstungsforschungsprojekten erforderlich wäre. Von daher glaube ich, daß sich faktisch das Problem der Rüstungsforschung für die Uni nur sehr am Rande stellt.

UNIMUT: An den Projekten arbeiten ja unter Umständen auch Studierende mit, die gar nicht erfahren, ob das, was sie erarbeiten, militärisch relevant ist, die dies vielleicht nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten, aber nicht darüber informiert werden.

Prof. Ulmer: Dieses Problem sehe ich nicht. Die Forschungsaufgaben der Studierenden sind als solche ja wohldefinierbar. An meinem Institut ist z.B. eindeutig, welchen Zwecken die Forschung dient. Ob dies in den Naturwissenschaften oder in der Medizin anders aussieht, vermag ich nicht ohne weiteres zu überblicken. Es fällt mir schwer, mir vorzustellen, daß Mitarbeiter bei der Befassung mit Fragen der Rüstungsforschung im engeren Sinne völlig ahnungslos sein könnten.

weiter auf den Seiten 2 und 6!

3. Heidelberger Sommeruni

AUFRUF ZUR 3. HEIDELBERGER SOMMERUNI
VOM 19.-23. JUNI 1991

Vom 19.-23. Juni 1991 findet in den Räumlichkeiten des Marstallkomplexes die 3. HEIDELBERGER SOMMERUNI statt. Vor 5 Jahren vom Arbeitskreis "Autonome Kritische Uni" gegründet (von 1986-1988 noch als "Herbstuni" konzipiert), ist die diesjährige SOMMERUNI die 6. Kritische Uni dieser Art und hat sich als größtes, autonomes, studentisches Projekt in Heidelberg etabliert. Basisfinanziert wird die SOMMERUNI von der Fachschiskonferenz (FSK); organisiert wird sie von einer ständig sich erneuernden Vorbereitungsgruppe, dem SOMMERUNI-AK.

WAS WILL DIE SOMMERUNI?

Die SOMMERUNI ist auf 5 Tage begrenzt, und setzt sich aus autonomen Seminaren, Workshops, Podiumsdiskussionen und vielfältigen kulturellen Veranstaltungen zusammen. Sie ist kreativer Ausdruck eines Unbehagens gegenüber dem alltäglichen und beherrschenden Lern- und Wissenschaftsbetrieb. Sie will punktuell Gegengewicht sein und alternativen aufzeigen. Die SOMMERUNI versteht sich somit als ausdrückliche Kritik an Form und Inhalt des normalen akademischen Lehrbetriebs.

Im Rahmen der SOMMERUNI sollen in der Hauptsache Themen aufgegriffen werden, die nicht oder noch nicht oder in "seltsam verzerrter Weise" Gegenstand wissenschaftlichen Interesses sind. Die Auswahl und Bearbeitung der Themen, wie auch die Entwicklung alternativer Lern- und Arbeitsformen verbindet sich mit der Hoffnung, auf den alltäglichen Universitätsbetrieb positiv Einfluß nehmen zu können.

Angesprochen sind zuallererst die Vielzahl der kontinuierlich oder sporadisch arbeitenden autonomen Seminare und Arbeitskreise an der Universität, die Fachschaften und alle interessierten Einzelpersonen, aber auch die wissenschaftliche Forschung jenseits des akademischen Establishments. Sie alle haben die Möglichkeit, ihre Arbeit in der SOMMERUNI vorzustellen, zu vertiefen und weiterzu-

KONTAKTE SOMMERUNI-AK	
Helene	480299
Kerstin	10570
Matthias	381867
Andreas	22184
Martina	162423
Stocki	372784
Arnd	410781
Wolfgang	28575

entwickeln. StudentInnen aller Fachbereiche werden so zusammengeführt und können sich -in einem interdisziplinären Sinne- austauschen. Die SOMMERUNI hat somit Forumcharakter und will ein existierendes kritisches Potential sichtbar machen und verstärken.

Die SOMMERUNI soll ein Ort sein, an welchem "die Uni" über sich selbst reflektiert, ihre Rolle, ihre Stellung, ihre Möglichkeiten diskutiert, um dadurch eine Vorstellung zu entwickeln, wie die Universität sein könnte.

Die SOMMERUNI bemüht sich um eine Öffnung der Universität. Die Uni sollte auch ein Ort für Nicht-StudentInnen sein; der Kontakt zur Öffentlichkeit und eine sinnvolle Vernetzung mit außeruniversitären Gruppen wird angestrebt.

Desweiteren bemüht sich die SOMMERUNI um den Kontakt zu ähnlichen Projekten in anderen Städten. Eine Vernetzung auf dieser Ebene kann eine zusätzliche Qualität der "Kritischen Uni" sein.

Die SOMMERUNI besteht aus verschiedenen inhaltlichen Blöcken. In jedem Block wird es eine Podiumsdiskussion und mehrere Workshops geben. Die Podien werden zum Großteil von uns, dem SOMMERUNI-AK, vorbereitet; die Workshops von diversen Gruppen und Einzelpersonen, wobei bei der Zusammenstellung der Workshops auf eine sinnvolle, inhaltliche Verbindung geachtet wird. Die VeranstalterInnen der Workshops sind aufgerufen, sich um alternative Formen des Seminarablaufs zu bemühen, d.h. keine langen Vorträge, sondern in der Hauptsache gemeinsame Erarbeitung eines Themas.

mitteln und zusätzlich den Sonderforschungsbereichen, dann kann man sich kaum vorstellen, wie die Forschung an der Uni ohne Drittmittel laufen sollte. Diese Mittel könnten wohl auch vom Land nicht gezahlt werden.

UNIMUT: In Konstanz wurde eine Zivilklausel eingeführt. Was halten Sie davon?

Prof. Ulmer: Die Frage ist rechtlich nicht einfach zu beantworten. Ich würde eine solche Regelung, wonach die Durchführung von Drittmittelforschung von der Genehmigung eines Uni-Gremiums abhängig gemacht würde, für schwer vereinbar mit der Freiheit von Forschung halten.

UNIMUT: Was ist mit dem Vermögen der Universität, das auch in Aktien angelegt ist, z.B. bei Thyssen? Ergibt sich daraus eine Verantwortung?

Prof. Ulmer: Es ist mir nicht bekannt, ob die Uni Aktienvermögen hat und ob Thyssen Rüstungsgüter herstellt. Sollte das so sein, so ist zu bedenken, daß ein Aktienbesitzer keinen Einfluß auf die Unternehmenstätigkeit hat. Ich würde, wenn ich ein fremdes Vermögen zu verwalten hätte, darauf achten, es möglichst gewinnbringend anzulegen. Ich würde mich nicht primär fragen, wem das zugute kommt.

GEPLANTE THEMENBLÖCKE

Für die 3. Heidelberger SOMMERUNI sind folgende Blöcke geplant:

- 1.) Kritik der herrschenden Wissenschaft (Wolfgang, Arnd)
- 2.) Sexualität und Herrschaft
 - I. Frauen und Mädchen (Kerstin, Helene)
 - II. Männer (Andreas, Matthias)
- 3.) Naher und Mittlerer Osten/Golfkrieg (Martina, Kerstin)
- 4.) Ökologie (Martina, Arnd)
- 5.) Zwei-Klassen-Europa und Internationalismus (Stocki, Helene)

Gesonderte Aufrufe für die einzelnen Blöcke werden noch folgen. Wer jetzt schon Ideen und Pläne hat, sollte sofort Bescheid sagen. Darüberhinaus freuen wir uns nach wie vor über jeden Menschen, der Lust hat, im SOMMERUNI-AK mitzuarbeiten.

Wiederkehr der Sehnsucht?!

DO, 14. FEBRUAR, 19 UHR, HÖRSAAL 14
PODIUMSDISKUSSION ZUR ERÖFFNUNG
DES RAHMENPROGRAMMS
der Ausstellung "Wiederkehr der Sehnsucht - Frauenbilder in den 50er Jahren und heute"

Am Anfang der Veranstaltungsreihe steht eine Podiumsdiskussion mit Ina Merkel (Ost-Berlin), Gisela Eriker (Bonn) und Mechthild Jansen (Köln).

Die Podiumsdiskussion soll auf eine erste Auseinandersetzung mit dem Thema der Ausstellung einstimmen. Den PodiumsteilnehmerInnen wurden folgende Fragen gestellt:

- Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen und mit welchen Sehnsüchten lebten Frauen in den 50er Jahren? In welcher Beziehung steht beides? (Sehnsucht = Ablenkung von dem, was tatsächlich geschieht?)
 - Haben sich Bedingungen und Sehnsüchte (Wünsche, Frauenideale, etc.) geändert? Inwiefern und warum? Gibt es eine Wiederkehr der Sehnsucht der 50er Jahre?
 - Wie werden sich Ihrer Meinung nach die Sehnsüchte verändern?
- Selbstverständlich sind diese Fragen nur als Rahmen gedacht. Eine bittere Aktualität hat das Thema durch den Golfkrieg gewonnen: genauso wie in den 50er Jahren erfährt die Verdrängung gerade einmal wieder Hochkonjunktur! Die Moderation hat Ute Straub, Kulturreferentin des Studentenwerks, übernommen.

Hinweise zu all den anderen Veranstaltungen (Vorträge, Lesungen, Workshops, Filme, Gesprächsrunden, etc.) findet ihr in den Programmheften, die in verschiedenen Läden zu kaufen sind, natürlich auch im KASTRA. Außerdem werden auch Programmübersichten verteilt.

Die Ausstellung selbst ist vom 22.2. bis zum 1.4. im rechten Flügel der Marstallmensa zu sehen, täglich außer montags von 11 bis 19 Uhr.

Interview mit Prof. Ulmer (Forts.)

UNIMUT: Problematisch wird es aber doch dann, wenn klar ist, woher die Drittmittel für diese Forschung kommen, wenn es z.B. Nato-Mittel sind. Halten Sie die bisherige Praxis der Prüfung von Drittmittelquellen im Verwaltungsrat für ausreichend?

Prof. Ulmer: Die Frage ist mir zu pauschal gestellt. Ich bin relativ sicher, daß diese Nato-Gelder, um die es da gegangen sein soll, mit Beträgen so zwischen 10000 und 30000 DM, nicht zu irgendwelchen kriegserheblichen Zwecken eingesetzt worden sind. Für solche Beträge bekommen Sie keine solche Forschung. Im übrigen fällt auch die Drittmittelforschung unter das Grundrecht der Forschungsfreiheit. Die Rechte des Forschers können also nicht ohne weiteres von einem Uni-Gremium eingeschränkt werden.

UNIMUT: Kann nicht auch prinzipiell die Abhängigkeit der Uni von Drittmitteln die Forschungsfreiheit gefährden?

Prof. Ulmer: Ich gehe im Gegenteil davon aus, daß durch die Aufteilung der Forschungsmittel in Landesmittel und Drittmittel und durch die Möglichkeit, am freien Markt Drittmittel einzuwerben, die Forschung aktiviert wird. Und wenn man sich den Drittmittelhaushalt der Uni HD ansieht, mit rund 100 Millionen DM Dritt-

Aus dem Ak Medien

Japan und der Krieg

Japan wird in gleicher Weise wie Deutschland von amerikanischer Seite der Vorwurf gemacht, es zeige nicht genügend Bereitschaft, sich der Mitverantwortung als UN-Mitglied im Golfkrieg zu stellen. Die Reaktion auf diesen Vorwurf ist die Entscheidung der seit fast 40 Jahren regierenden Liberal-Demokratischen Partei (Jiminto), nicht nur 9 Milliarden Dollar an finanziellem Beitrag zu leisten, sondern auch Flugzeuge der japanischen Selbstverteidigungskräfte für Flüchtlingstransporte ins Krisengebiet zu entsenden.

Ein Grund für diese Beteiligung ist die Befürchtung der Regierung, sich international zu isolieren. Weiterhin hofft man, dadurch "die japanisch-amerikanischen Beziehungen im Hinblick auf die Zukunft zu stärken." (Außenminister Nakayama, 26.1.'91, Asahi-Zeitung)

Die dafür erforderlichen Mittel sollen durch Steuererhöhungen beschafft werden. Da diese Maßnahme im Volk auf Widerwillen stößt, gibt es innerhalb des Regierungslagers Vorschläge, den Kriegsbeitrag über Staatsanleihen oder über eine Vorwegnahme der versprochenen Kürzungen im Verteidigungshaushalt zu finanzieren.

Die sozialistische Partei (Shakaito, größte Oppositionspartei) lehnt die Regierungsentwürfe mit der Begründung ab, die finanzielle Unterstützung der multinationalen Truppen sei Militärhilfe, und die Entsendung von Militärflugzeugen sei ein erster Schritt in Richtung Truppenentsendung (Asahi, 25.1.'91). Die Vereinigungspartei (Rengoto, von Gewerkschaften getragen) und die Kommunistische Partei (Kiyosanto) kritisieren darüber hinaus die Entscheidung der USA, den Konflikt durch Krieg zu lösen, und fordern von der japanischen Regierung, ihren Einfluß in Richtung einer Friedensinitiative geltend zu machen (Asahi, 26.1.'91).

Über die Verwendung der 9 Milliarden Dollar hat die Regierung keine Auskünfte erteilt. Die parlamentarische Opposition fordert zum einen Rechenschaft darüber und verlangt zum anderen, in den Entscheidungsprozeß einbezogen zu werden. Zudem weisen auch unabhängige Stimmen in der Presse auf die japanische Verfassung hin, die dem Staat das Recht auf Kriegsführung bzw. auf jegliche militärische Aktion abspricht, und warnen vor dem Alleingang der Regierungspartei.

Bürgerinitiativen wurden in Japan, wenn auch in zahlenmäßig kleinem Rahmen, aktiv. Deren Sprecher, der Historiker Irokawa Daikichi und der Schriftsteller Oda Makoto, forderten die Regierung und insbesondere die Komeito (Partei für eine saubere Regierung; Koalitionspartei der Liberal-Demokratischen Partei) dazu auf, die finanzielle und militärische Beteiligung am Golfkrieg zu stoppen (Asahi, 29.1.'91).

Außerdem wurden einzelne Gruppen von BürgerInnen aktiv, die unter dem Motto "Gegen eine Steuererhöhung für Massenmord" in einem Bahnhof von Tokyo demonstrierten (Asahi, 25.1.'91; s. Bild).

Japanische Medien:

Über die Berichterstattung der japanischen Medien lassen sich von hier aus nur sehr begrenzte Aussagen machen.

Das über Satellit ausgestrahlte Pro-

gramm des Fuji-Senders benutzt in seinen Nachrichten ausschließlich CNN-Bildmaterial mit der Übersetzung des amerikanischen Kommentars - ohne auch nur an einer Stelle anzumerken, daß es sich dabei um zensierte Informationen handelt. Hier wird den ZuschauerInnen suggeriert, ein vollständiges Bild des Kriegsgeschehens geliefert zu bekommen. Unserer Meinung nach bedeutet dies einen weitergehenden Schritt in Richtung Zensur.

Während in der Bundesrepublik neben einer finanziellen Beteiligung inzwischen im Rahmen der Nato-Mitgliedschaft auch deutsche Truppen im Krisengebiet stationiert hat, sind sich in Japan Regierung und Opposition in einem Punkt einig: Keine Entsendung japanischer Streitkräfte an den Golf!

Die japanische Presse zeigt Verständnis für die Sonderstellung und Zurückhaltung Japans unter dem Hinweis auf die geschichtlichen Erfahrungen, nicht zuletzt mit den verheerenden Auswirkungen der Atombombe.

Mediengruppe Japanologie

Frankreich

Verteidigungsminister entpuppt sich als Pazifist (?)

Hat Frankreich schon den ersten Teil seiner Dolchstoßlegende? Die Kommentare der konservativen Presse legen einen derartigen Schluß nahe ("Bagdad freut sich über Chevènements Rücktritt", titelte der "Figaro").

Chevènement war seit Beginn der Krise für eine friedliche Lösung eingetreten und hatte seit Dezember wiederholt seinen Rücktritt angeboten. Seine Begründung: "Die Logik des Krieges droht uns jeden Tag weiter von den durch die UN festgelegten Zielen zu entfernen." Die Befreiung Kuweits, nicht die Zerstörung Iraks, sei geplant gewesen. Doch wie wird

jemand, der Massaker an der Zivilbevölkerung als Mittel der Politik ablehnt, überhaupt erst Verteidigungsminister in einem auf seine "Force de frappe" doch so stolzen Land?

Chevènement bezeichnete es als Heuchelei des Westens, das internationale Recht heranzuziehen, um die Annexion Kuweits zu verurteilen. Als guter Jakobiner sehe er in der Besetzung eines auf die britische Kolonialzeit zurückgehenden Emirats einen der Wendepunkte, ohne die heute keine große Nation existieren würde.

"Wir haben jahrhundertlang das gleiche gemacht, was Saddam Hussein nun gemacht hat." Außerdem fürchte er, daß die USA "Irak zugunsten Israels zerstören wollen." Eine Heuchelei, die ihn als Vorsitzenden des französisch-irakischen Freundschaftskreises besonders ärgern muß.

Und: Wenn er schon für die französischen Waffenlieferungen an den Irak mitverantwortlich ist, so will er zumindest nicht auch noch dafür Verantwortung übernehmen, daß durch diese Waffen nun französische Soldaten sterben.

Ak Medien (Sabine)

BRD

- Neonazichef Michael Kühnen hat angekündigt, eine Freiwilligentruppe von 500 Leuten zu bilden, um Saddam Hussein - mit dem ihn u.a. Antisemitismus verbinden dürfte - zur Hilfe zu eilen.
- Die Staatsanwaltschaft Trier hat gegen die ca. 200 BesucherInnen einer Unio-Vollversammlung eine Ermittlungsverfahren eingeleitet. Auf der VV war mit 83 gegen 79 Stimmen eine Resolution verabschiedet worden, die alle Soldaten aufforderte, bei einem Kriegseintritt Deutschlands zu desertieren.

Ak Medien (Sabine)

支援と増税 裂かれる思い



Wenn einer mit Vergnügen in Reih und Glied zu einer Musik marschieren kann, dann verachte ich ihn schon, er hat sein großes Gehirn nur aus Irrtum bekommen, da für ihn das Rückenmark schon völlig genügen würde. Diesen Schandfleck der Zivilisation sollte man so schnell wie möglich zum Verschwinden bringen. Heldentum auf Kommando, sinnlose Gewalttät und die leidige Vaterländerei, wie glühend hasse ich sie, wie gemein und verächtlich erscheint mir der Krieg, ich möchte mich lieber in Stücke schlagen lassen, als mich an so einem Tun beteiligen! Ich danke immerhin so gut von der Menschheit, daß ich glaube, diese Spuk wäre schon längst verschwunden, wenn der gesunde Sinn der Völker nicht von geschäftlichen und politischen Interessenten durch Schule und Presse systematisch korrumpiert würde.

Albert Einstein

• 4 • Zwischen den Fronten der • 4 • Kriegsbegeisterung

Erschöpft saßen uns die sieben deutschen TeilnehmerInnen des "gulf-peace-teams" in der Pressekonferenz gegenüber, die sie sofort nach ihrer Ankunft im Frankfurter Flughafen abhielten. Wochenlang hatten sie in der Hoffnung auf eine "friedliche Lösung" zwischen den Fronten der allseitigen Kriegsbegeisterung gestanden, bis schließlich am 31.1. die letzten noch in Bagdad ausharrenden AktivistInnen der Initiative "Frieden am Golf" ausgewiesen wurden.

Die Rentnerin I. Krohn hatte eine kleine Blume aus der Wüste mitgebracht. Diese Blume sei ein Zeichen der Hoffnung und Sinnbild für ihr Wirken am Golf, erläuterte I. Krohn. Mitten im Krieg habe die Gruppe im Friedenscamp ein sehr einfaches Leben geführt, gewaltfrei gelebt, so wie I. Krohn es auch von den Regierenden erwarte. Hoffnungsvoll war für Sie der Kontakt mit IrakerInnen. Große Scham, so äußerte Frau Krohn, habe sie beim Gedanken an ihre eigene Herkunft und die Rolle deutscher Waffenlieferanten im Golfkonflikt bei den von Freundlichkeit und Verständnis geprägten Begegnungen mit den hierzulande als "Feinde" eingeordneten Menschen empfunden. Es sei Zeit, statt Waffen nun endlich zivile Güter an den Irak zu liefern, und humanitäre Hilfe zu leisten.

Bewegt von Besorgnis und Schrecken über das Weitertreiben des Krieges in der BRD war A. Kriegshelm nach Bagdad gereist. "Wir müssen das tun, wozu die Regierungen wohl nicht in der Lage sind", war sein Votum. Dennoch forderte er Kanzler Kohl auf, nun ernsthaft ein "Kanzler der Wende" zu werden.

Bagdad hat die letzten TeilnehmerInnen des Friedenscamps ausgewiesen
- Bericht von der Pressekonferenz der Heimkehrten am 2.2.91

Um gegen die kalte, chirurgische Kriegsführung Akzente zu setzen, war G. Bartenbach in den Irak gereist. Wem sei es eigentlich noch im Bewußtsein, "daß sich nicht Armeen, sondern Menschen gegenüberstehen". Mit dieser Art der Kriegführung werde eine neue Art von Mord erprobt. Durch Zerstörung der Infrastruktur werde die Zivilbevölkerung demoralisiert und ihre Lebensgrundlagen langfristig gefährdet. Ziel der Entwicklung im Nahen Osten müsse Frieden und Einheit sein, nicht die Fortführung des Krieges, der unabsehbare Folgen und Kosten habe.

Den Nachrichten über einen Krieg von "Einheiten" gegen "Einheiten" stellte M. Fröhlich erlebte Fakten gegenüber: Bagdad sei seit dem ersten Bombenangriff ohne Strom und Wasser. M. Fröhlich sprach von einem "eingepflanzten Mord der Zivilbevölkerung". Der Krieg erscheine nach außen seriös, bedeute aber Mord der Zivilbevölkerung durch Hunger und Krankheiten. In diesem Zusammenhang wies M. Fröhlich auf die Zerstörung der größten Babynahrungsfabrik des Landes in Bagdad hin.

Der Arzt D. Enge-Bastian hatte die Gelegenheit gehabt, das Bagdader Universitäts-Hospital zu besichtigen. Die Medizin-, Wasser- und Stromversorgung sei katastrophal. Alle Fachrichtungen seien

auf die Behandlung von Verletzten umgestellt worden. Bagdad könne schon jetzt keine Kriegsverletzten mehr bewältigen, berichtete Dr. Enge-Bastian. Ärzte aus aller Welt rief er zur Hilfe auf. "Wir können den Krieg ändern, wenn wir - die Regierung und die Bevölkerung - unsere Einstellung ändern. Krieg ist nicht mehr die einzige Möglichkeit".

Auf die Haltung der irakischen Zivilbevölkerung kam V. Nick zu sprechen. Er verdeutlichte, daß eine Sehnsucht der IrakerInnen nach Würde in engem Zusammenhang mit der langen Unterdrückung durch den Westen gesehen werden müsse. Deshalb würden viele lieber sterben, als vor den USA in den Sand zu kriechen. Dem bewaffneten Bemühen um die eigene Würde versuchte V. Nick mit seiner gewaltfreien Präsenz im Kriegsgebiet eine Alternative gegenüberzustellen. Die Öffentlichkeit forderte er auf, denjenigen, die den Krieg antreiben, unterstützen und austragen in gewaltloser Form mindestens die gleiche Bereitschaft zur Auseinandersetzung, den gleichen Mut und die gleiche Kraft entgegenzusetzen, um dem Frieden näherzukommen.

Trotz ihrer Enttäuschung und Verzweiflung, den Kriegsausbruch mit ihrer Präsenz zwischen den Grenzen nicht verhindert zu haben, schienen die Friedenscamp-AktivistInnen nun noch stärker motiviert, in der BRD weiterzuarbeiten: "Wenn wir nichts tun, wird der Krieg weitergehen. Wollt ihr das?"

Frauke

Zwischen Ohnmacht und Zynismus Warum weiterprotestieren?

"Es ist wichtig, daß die Proteste weitergehen - sie bilden moralisches Kapital - aber nützen werden sie nichts!" - so Peter Billig, Konfliktforscher.

Mein Grundgefühl nach einigen Wochen Protest: Ohnmacht gepaart mit Zynismus. Mindestens schon knöcheltief im Sumpf der Abstumpfung. Vor einer Woche kamen mir noch die Tränen bei dem Gedanken an die zahllosen Opfer, heute heule ich gelegentlich über die Ignoranz der Mächtigen, deren Logik ich immer noch nicht verstehe. Ich bin eben naiv: groß geworden in der Überzeugung, daß Konflikte gewaltlos zu lösen sind, daß ich meinem Klassenkameraden eben keine reinhaue, wenn er nervt; ja, sogar tadelnde Blicke ausgesetzt, wenn sich ohnmächtige Wut in Türknallen artikuliert. Nicht mehr geschlagen von den Eltern, eine Erziehung der Sanktionen durchlaufen, immer noch an die Bildbarkeit, an die Entwicklungsfähigkeit, an die Vernunft der Menschen glaubt. Ich hab's immer noch nicht verstanden, daß dieser Krieg legitim, unvermeidbar ist und von moralischer Integrität zeugt.

Seit ein zwei Wochen laß ich mich in Frage stellen von den Kritikern meines Protestes, suche nach differenzierter Artikulation meiner Gesinnung, die das Unverbildbare zu verbinden sucht. Nämlich zum einen, den Menschen als Individuum im Blick zu behalten und ihn zum anderen als in Systemen eingebunden, durch Strukturen geformt zu begreifen, um nach politischen Lösungen suchen zu können. Gerade unter Naivitätsverdacht, lasse mir den Vorwurf der Emotionalisierung von

Politik gefallen, wenn ich die Opfer, mein entsetzen über die Bedenkenlosigkeit, mit der tausende Tote kühl zur Durchsetzung von politischen Interessen einkalkuliert werden. Ins Argumentationsspiel einbringe. Merke, andererseits, wie sich Unmenschlichkeit, Skrupellosigkeit dem Leben gegenüber in mein Denken einschleichen, wenn ich versuche, den systemischen Sachzwängen gerecht zu werden. Lasse mich verunsichern, ob "die da" nicht "doch recht" haben (=sachlicher Denken), die behaupten, daß Menschenopfer und Okozid notwendig sind, um den Westen vor dem Nahen Osten, den Nahen Osten vor sich selber zu schützen. Verstumme bei dem Versuch, Israel, USA, den Alliierten, dem Irak, Kuwait, den Kurden,... gerecht zu werden, in Ratio-sigkeit. Verstricke mich in Argumentationen und bleibe ohnmächtig.

250000 in Bonn - und Kanzler Kohl hat immer noch nichts begriffen. Schwallt von Bündnistreue und Verantwortung, möchte am liebsten Proteste verbieten. Weizsäcker, toleranter, holt Voltaire hervor: "Ich stimme dem, was sie sagen, nicht zu, aber ich werde bis in den Tod ihr Recht verteidigen, es zu sagen!" - Luxus der Macht: Die Ohnmacht darf ihre Meinung artikulieren - sie stört ja niemanden.

Und weiter?! - Es ist ein ständiger Kampf, sich nicht auffressen zu lassen von dem Kosten-Nutzen-Denken, daß jeder Widerstandsversuch im Spiegel seiner Wirkungslosigkeit fragwürdig werden läßt. Ja, es ist naiv, zu denken, die Menschheit werde an unserm Protest gesunden,

die Strukturen würden gerechter, die Militaristen verschwinden. Es ist naiv, und trotzdem merke ich, daß ich immer noch so eine Hoffnung oder Sehnsucht hatte, grundsätzliches verändern zu können, und daß mich die Einsicht in die Ohnmacht des Widerstands zu lähmen droht.

Warum also weitermachen, wenn sich doch nichts bewegt?! - Als Notnagel - emotional, unpolitisch, naiv? -, an dem ich das Recht meines hilflosen Protestes aufhängen kann, finde ich nur das Lebensrecht des Individuums. Die einzelnen Menschen, die nur dieses eine Leben haben, diese schlappen siebzig, achtzig Jahre - wenn kein Krieg oder so dazwischen kommt - haben ein Recht darauf, soetwas wie Gerechtigkeit zu erleben.

Die Friedensbewegung habe kein politisches Konzept, heißt es Vorwurfsvoll. Stimmt, ich kann mich auf keine politische Utopie mehr stützen, der einzige Bezugspunkt, der mich noch motiviert, ist der einzelne Mensch. "Dann wird einer kommen, der wird eine geradezu donnernde Entdeckung machen", schreibt Tucholsky. "Er wird sagen, es gibt einen Organismus, Mensch geheißten, auf den kommt es an. Und ob der glücklich ist, das ist die Frage. Daß er frei ist, das ist das Ziel. Gruppen sind etwas sekundäres, der Staat ist etwas sekundäres. Es kommt nicht darauf an, daß der Staat lebe - es kommt darauf an, daß der Mensch lebe." - Ja, schon - aber wie!?

Evamaria Bohle